Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1990)

Heft: 1: Energiepolitik auf Sparflamme

Rubrik: Forum

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FORUM

«Strahlende Hunde soll man nicht wecken»

Bald sechs Jahre ist es her, seit die beiden Atom- und Energieinitiativen vor das Schweizervolk gelangten und knapp verworfen wurden. Nun stehen die Auseinandersetzungen um die Atomausstiegs- sowie die Moratoriumsinitiative an. Damals brachte die SES eine Sammlung mit «Texten wider die gespaltene Zukunft», so der Untertitel, heraus. Zweiunddreissig namhafte, grösstenteils Schweizer Autorinnen und Autoren wie Franz Hohler, Hedi Wyss, Isolde Schaad, Otto F. Walter haben zum Teil eigens für dieses Buch bissige und nachdenkliche Beiträge verfasst. Wir haben noch einige Stapel davon in unserem Sekretariat aufliegen. Quasi als Erinnerung möchten wir sie nun abgeben. Zum Spezialpreis von Fr. 5.– (deckt lediglich die Unkosten) ist es zu haben. **Talon Seite 23.**

SES tritt Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat» bei

Dank dem PUK-Bericht wissen wir es nun amtlich. Auch die «älteste Demokratie» hat einen Stasi. An der Taubenstrasse 16 in Bern hat die Bundespolizei unter Verantwortung der Bundesräte Furgler/Friedrich/Kopp/Koller (und Vorgängern) 900 000 Registerkarten und tonnenweise dazugehörende Akten gelagert. Registriert wurden nicht etwa Delikte, sondern das Beanspruchen verfassungsmässig garantierter Rechte: die Teilnahme an Kundgebungen und Tagungen, das Unterzeichnen von Appellen und Initiativen, kurzum: das Engagement für eine andere Schweiz. Erfasst wurden Linke, Umweltbewusste, GewerkschafterInnen, Friedensbewegte, AKW-GegnerInnen, Feministinnen usw.: 250 000 bis 300 000 SchweizerInnen und nochmals 300 000 hier lebende AusländerInnen. Über 50 000 Personen (Stand Ende Januar) haben bisher das Recht beansprucht, das allen zusteht, die sich ausweisen können, und zwar unabhängig von Nationalität und Wohnsitz: die volle Einsicht in Fichen und dahinterstehende Akten. Justizminister Arnold Koller will uns vorerst bloss in präparierte Fichen-Kopien blicken lassen. Dieses politisch abgerungene Zugeständnis ist ein erster, entscheidender Schritt hin zur vollen Einsicht in die Akten, die grundsätzlich den Registrierten zustehen. Diese sollen selbst entscheiden, ob sie die Akten vernichten oder der Geschichtsforschung übergeben wollen. Eine Vernichtung durch die Staatsschützer kommt höchstens mit Einwilligung der Betroffenen in Frage.
Ende letzten Jahres hat nun ein Dutzend ParlamentarierInnen die Gründung eines Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat» angekündigt, das inzwischen von einer Vielzahl von Organisationen getragen wird. Nebst linken und grünen Parteien, dem LdU, Gewerkschaften und weiteren Berufsorganisationen wie den Demokratischen JuristInnen, Umwelt-, AKW-GegnerInnen-, Frauen- und Friedensorganisationen hat nun auch die SES den Beitritt zum Komitee beschlossen. Beratungen im Zusammenhang mit Akteneinsichten und die Auswertung der anfallenden Informationen stehen im Zentrum der Arbeit des Journalisten Jürg Frischknecht und des Juristen Daniel Gasser, die für das Komitee arbeiten. Weitere Informationen: Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat», Postfach 6948, 3001 Bern, Tel. 031/45 48 58.

Zwischenlager für radioaktiven Abfall unter dem Bundeshaus?

Folgender Aufruf erreichte uns zu Beginn des Jahres:
«Die unterzeichnenden Schweizer Bürgerinnen und Bürger setzen sich dafür ein, dass unter dem Bundeshaus oder in dessen unmittelbarer Nähe ein Zwischenlager für hochradioaktiven Abfall errichtet wird. Zu diesem Zwecke soll eine eidgenössische Volksinitiative ausgearbeitet und mit den notwendigen Unterschriften bei den zuständigen Bundesstellen eingereicht werden. Die Unterzeichnenden sprechen sich hiermit für die Gründung eines Komitees aus, welches die Vorarbeiten für die Volksinitiative leisten soll. Ferner erklären die Unterzeichnenden, dass sie – ganz im Rahmen ihrer persönlichen Bedürfnisse – das parteiunabhängige Komitee unterstützen wollen.»
Unterschriftenbogen sind erhältlich bei: Aeschlimann / von Allmen, Eigerstr. 34, 3007 Bern.

AGENDA

Vorankündigung:
9. Juni 90, Samstag, 10.15–16.30 Uhr: SES-Jahresversammlung: «Die Klimakatastrophe – Ansätze für eine neue Energiepolitik», mit interessanten Ausführungen von Fachleuten aus der BRD und der Schweiz. Restaurant Weisser Wind, Zürich. Separate Einladung folgt. **Siehe auch Seite 12.**

31. März/1. April, Abstimmungswochenende: Die SES empfiehlt: 4×Ja zu den drei Kleeblatt- sowie zur Betonstopp-Initiative.

28. April 90, Samstag: Nationale Demonstration zum vierten Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl. Besammlung: 14.00 Uhr, Monbijoustrasse (vor Büro der SVA) in Bern.

Editorial
Demokratisches Überholmanöver Osteuropas

Mit einem turbulenten Endspurt, der fast unglaublichen Entwicklung in Osteuropa, sind die 80er Jahre zu Ende gegangen. Die einstürzenden Regimes des Ostblocks (mitsamt ihren Mauern) haben nebst Demokratiebestrebungen, euphorischen Gefühlen und Wiedervereinigungswünschen nebenbei auch den Blick freigemacht auf die verheerende Umweltsituation in diesen Ländern. Die Braunkohlekraftwerke, beispielsweise in der DDR, haben massgeblichen Anteil daran. Und der Beelzebub Atomkraft, der laut dem Generaldirektor des DDR-Atomkraftwerk-Kombinats Greifswald den Teufel Rohbraunkohle vertreiben soll, spricht seine eigene, grausige Sprache: Unzählige Störfälle, notbehelfsmässige Ausbesserungen und eine schier unglaubliche Laxheit des Betriebspersonals in ebendiesem AKW-Komplex im Norden der DDR zeigen vier Jahre nach Tschernobyl einmal mehr die Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie aufs Deutlichste. Die Perestroika in der DDR hat diese Missstände nun zu Tage gebracht. Und bei uns?
Aus der Sicht der Schweizer Behörden jedenfalls scheint das Wort Perestroika nur für die Staaten in Osteuropa zu gelten. Im eigenen Lande nimmt sie es nicht so genau mit der Demokratie. Die eifrige CH-Stasi kontrolliert(e) bekanntlich Hunderttausende von kritischen ZeitgenossInnen, so auch uns Atomenergie-KritikerInnen. Sie verhindert den Blick auf die ausführlichen Angaben in den Dossiers und auf die vollständigen Hinweise in den Fichen. Angesichts der Fülle von gespeicherten Daten kann ich das schale Gefühl nicht loswerden, dass da eine gigantische Observation durch Tausende kleiner und grosser SchnüfflerInnen stattfand (und -findet?).
Machen wir es doch wie die Völker in Osteuropa: Fordern wir die Herausgabe unserer Daten und die Abschaffung der politischen Polizei. Verlangen Sie aber zumindest die Einsicht in «Ihre» Fiche (in Bund und Kantonen), falls Sie das nicht bereits getan haben (siehe E+U 4/89, Seite 6).
Wie in der Schweiz der Widerstand gegen ein undemokratisches Vorgehen aussehen kann, demonstriert uns zur Zeit die Bevölkerung des Waadtländer Weinbauerndorfes Ollon. Die Nagra will hier bekanntlich Messungen und Sondierbohrungen durchführen und damit ihr gescheitertes «Entsorgungskonzept» weiterzwängen. Mitte Februar empfahl die

Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK die Sondierungen am Oberbauenstock, am Piz Pian Grand und am Wellenberg voranzutreiben und in Ollon zuzuwarten. Die zeitliche Kopplung der Stollenbohrungen soll also nun plötzlich fallengelassen werden. Und der Stollenbau in den Endlagerbereich soll auf den Urner Standort konzentriert werden! Es soll also nach dem Prinzip des – vermeintlich – schwächsten (politischen) Gliedes vorgegangen werden – an fundierter Sachlichkeit hat's ja schon immer gemangelt.

Die SES hat denn auch einmal mehr ein neues Konzept für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle gefordert: Das schweizerische Mittelland soll endlich als Standort für alle Abfalltypen untersucht werden. Die internationale Suche nach einem gemeinsamen Lager der atommüllproduzierenden Industriestaaten für hochaktiven Abfall soll endlich auch tatsächlich, nicht nur mit Worten, aufgenommen werden.

Auch an einem anderen Ort ist nicht eben viel von einem Demokratisierungsprozess zu spüren: im eidgenössischen Parlament. Nationalrat und Ständeratskommission lehnten anfangs bzw. Mitte Februar – wie nicht anders zu erwarten war – die Atomausstiegs- sowie die Moratoriumsinitiative klar ab. (Sie werden voraussichtlich am 23. September vors Volk gelangen). Herr und Frau Schweizer sehen die Energiezukunft allerdings etwas anders: Laut einer Umfrage, die die Umweltorganisationen (darunter die SES) in Auftrag gaben, sind 77 Prozent der SchweizerInnen gegen die Atomenergie. Sitzen in Bern also (noch) VolksvertreterInnen?

Grund genug für die SES mit neuem Elan in die 90er Jahre zu starten. Im energiepolitisch wichtigen Jahr 1990 wird es jedenfalls einiges an Arbeit geben. Der Hauptteil dieser E+U stellt die anstehenden politischen Weichenstellungen in einen grösseren Zusammenhang. Ebenfalls in einem grösseren Zusammenhang sollten auch die Klagen der Elektrizitätslobby über die leeren Stauseen gesehen werden. Die Export-/Importgeschäfte ebendieser Kreise, die Stellung der Schweiz im internationalen Stromverbund werden in einem weiteren Beitrag erklärt.

Noch nicht ganz so schnell wie in der letzten Nummer angekündigt werden wir das neue Konzept der «Energie + Umwelt» präsentieren können. Die vier Ausgaben 1990 werden noch im alten Kleid erscheinen. Im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft soll dann unsere Zeitschrift mit umso überzeugenderer neuer Aufmachung Akzente setzen.

Matthias Gallati

Energiepolitik auf Sparflamme – blasen wir hinein Vier Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl hält die Atomlobby immer noch an der «Option Kernenergie» fest. Kaiseraugst ist zwar vom Tische, von offizieller Seite ist von einer umweltfreundlichen und sparsamen Energiepolitik weit und breit nichts zu sehen. Thomas Flüeler analysierte die letzten Jahre «Energiepolitik» und macht einen Ausblick auf die anstehenden politischen Weichenstellungen in diesem Jahr, Seite **8**

Knapper Strom? Grosses Geschäft! Die Stellung des Stromexportlandes Schweiz ist im Vergleich zum europäischen Ausland einmalig. Weshalb, sagt Conrad U. Brunner auf Seite **16**

Zentrales Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen Nach dem «Verkauf» der Gemeinde Würenlingen an die Atomwirtschaft steht nun das Rahmenbewilligungsverfahren an. Martin Schlumpf fasst, als Ergänzung zur letzten Nummer, die aktuelle Situation zusammen. Seite **19**

Wohin mit dem alten Kühlschrank? Diese Frage stellte die Redaktion der E+U schon in der vorletzten Nummer (Vergleich Stromverbrauch Haushaltgeräte). Aus der Tabelle in der letzten Ausgabe der E+U ist ersichtlich, dass das FCKW aus Kühlmittel und Kompressoröl nicht der grösste Verursacher des Treibhauseffektes ist. Trotzdem sind natürlich Anstrengungen der Hersteller auch in diesem Bereich gefordert. Dass sie nur das absolut Nötigste tun, sehen Sie auf Seite **20**

Petition zur Rettung der Ozonschicht Unterschriftenbogen Seite **21**

Talon Broschüre Ausstieg heisst Einstieg heisst Ausstieg Seite **23**

Energieszene 2 **Energieszene Schweiz 4**

ENERGIE+UMWELT 1/90
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung,
Sihlquai 67, 8005 Zürich,
Telefon (01) 271 54 64
Redaktion: Thomas Flüeler, Matthias Gallati
Nicht gezeichnete Beiträge stammen
von der Redaktion
Abdruck erwünscht unter Quellenangabe
und Zusendung eines Belegexemplars
an die Redaktion
Umschlag: Jul Keyser
Gestaltung: Polly Bertram, Daniel Volkart
Satz: FOCUS Satzservice, Zürich
Druck: ropress, Zürich
E+U kann zum Preis von Fr. 15.–
abonniert werden, Einzelnummer Fr. 5.–

Quellen: SES (10), VSE-Bulletin/EGL (17), Conrad U. Brunner (18)